

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beitragweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landesfulturrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundbüchliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 143.

Dienstag, 24. Juni

1913.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Wochentags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Reaktionsdruck (Eingefandt) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Kaiser ist gestern abend an Bord der „Hohenzollern“ in Brunsbüttelkoog eingetroffen.

Die Budgetkommission des Reichstages beendete gestern die zweite Lesung des Wehrbeitragsgesetzes.

Beim 1. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 78 in Osnabrück sind etwa 200 Mann unter Anzeichen von Vergiftung erkrankt.

Beim Salutschicken aus Anlaß der Ankunft des Präsidenten Poincaré in Cherbourg wurden infolge einer Explosion von Reservekartuschen zwei Artilleristen getötet, sieben schwer und einige weniger schwer verletzt.

Amtlicher Teil.

Dank.

Seine Majestät der König wurde gestern und heute insbesondere auf den Fahrten durch die Straßen der Stadt, auf dem Flugplatz und der Bauausstellung mit so überaus großer immer und immer wieder hervorbrechender Begeisterung begrüßt, daß Seine Majestät, hoch erfreut, mich beauftragt hat, hierfür

Seinen ganz besonders herzlichen Dank

zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Zusätzliche gab Seine Majestät wiederholt Seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß es Allerhöchst Ihm und Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen-Söhnen vergönnt gewesen sei, Zeuge zu sein von der herzlichen und jubelnden Aufnahme, die Graf Zeppelin beim Publikum gefunden habe. Auch hat Seine Majestät es ganz besonders freudig empfunden, gerade unter der Leitung des Grafen Zeppelin mit dem Luftschiff „Sachsen“ eine so herrliche Rundfahrt über die Stadt Leipzig machen zu können.

Der Königlichen Anordnung komme ich hiermit mit großer Freude nach.

Leipzig, den 23. Juni 1913.

Der Greisshauptmann.

v. Burgsdorff.

4600

Ministerium des Königlichen Hauses.

Dresden, 24. Juni. Se. Majestät der König sind gestern 1 Uhr 50 Min. nachmittags von Leipzig nach Tirol gereist.

Ministerium des Innern.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Bürgermeister Kögler in Scheibenberg anlässlich seines Übertrittes in den Ruhestand den Titel und Rang als Kammererrat zu verleihen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Se. Majestät der König hat bei der Anwesenheit in Berlin am 17. dieses Monats Ihrer Majestät der Kaiserin die Insignien des Großkreuzes des Sibirienordens überreicht.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Hamburg.

Hamburg, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser traf bald nach 1/2 Uhr an den St. Pauli-Landungsbrücken ein, wo das Pfadfinderkorps Hansa Aufstellung genommen hatte. Die Knaben, etwa 400, begrüßten den Kaiser mit lauten Hurraufen. Nachdem der Kaiser von dem Leiter des Pfadfinderkorps den Rapport entgegengenommen hatte, begab er sich an Bord der „Hohenzollern“. Um 3 Uhr trat die „Hohenzollern“ die Fahrt nach der Unterelbe an, gefolgt von dem Dampfschiff „Sleipner“.

Brunsbüttelkoog, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser traf um 6 Uhr an Bord der „Hohenzollern“ hier ein. Die „Hohenzollern“ ging sofort in die Schleuse. Der Kaiser begab sich um 1/2 7 Uhr an Land zur Besichtigung der neuen Schleusenanlage. Für die Abendtafel waren an Bord geladen: Admiral v. Heeringen, Konteradmiral v. Bredow und Kanalpräsident Dr. Kay. Vor Brunsbüttel passierte die „Hohenzollern“ eine Flottille des Kaiserl. Motorjachtklubs.

Zur Frage des Wehrbeitrags.

Berlin, 23. Juni. Die Budgetkommission des Reichstages beendete heute die zweite Lesung des Wehrbeitrags-Gesetzes. Aufrechterhalten wurde der Beschluß, den Wehrbeitrag in drei Raten zu erheben. Bei den Strafvorschriften wurde neben der Gefängnisstrafe die öffentliche Bekanntmachung des Urteils eingefügt unter Ausmerzung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Was die etwaigen Überschüsse betrifft, so wurde beschlossen, sie anstatt zur außerordentlichen Schuldenrückzahlung zur Kürzung des letzten Drittels des Wehr-

beitrags zu verwenden. Die Bestimmung der ersten Lesung, daß das Gesetz auch auf die Kolonien Anwendung finden sollte, wurde gestrichen. Morgen vormittag beginnt die zweite Lesung der Gesetzentwürfe betreffend die Deckung der fortlaufenden Ausgaben.

Die Balkankrise.

Die bulgarisch-serbische Spannung.

Sofia, 23. Juni. Entgegen ausländischen Blättermeldungen ist die „Agence Bulgare“ zu der Erklärung ermächtigt, daß Geschow in der Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch in Jaribrod in Gegenwart dritter vorgeschlagen hat, den Bündnisvertrag samt den Anhängen zu veröffentlichen. Daß dies noch nicht geschehen, sei keineswegs auf den Widerstand Bulgariens zurückzuführen.

Sofia, 23. Juni. Der russische Gesandte wurde gestern vom König in Audienz empfangen. Der Gesandte hat dringend geraten, die bulgarische Regierung möge noch einige Tage mit ihren weiteren Entschlüssen warten, weil Aussicht vorhanden sei, daß Serbien inzwischen durch Anerkennung des Vertrages und zur Annahme des Schiedsgerichts auf Grund des Vertrages bewegen werden würde.

Belgrad, 23. Juni. In Besprechung der Beratung der bulgarischen Regierung auf das zwischen dem serbischen und dem bulgarischen Generalstab erzielte Einverständnis über die Enthebung Bulgariens von der Verpflichtung, auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz Hilfe zu leisten, erklärt „Samouprava“, diese Berufung sei tatsächlich unberechtigt, da ein solches Einverständnis nicht erzielt worden sei. Der serbische Generalstab habe die Abgabe der bulgarischen Hilfe nur deshalb zur Kenntnis genommen, um die Durchführung des Befreiungswerkes überhaupt zu ermöglichen.

Belgrad, 23. Juni. Auf einem Bankett hielt der Minister des Innern eine Rede, in der er u. a. sagte: Er sei nicht ein Anhänger des Friedens um jeden Preis. Wenn es sich um eine Frage der Ehre oder um ein Lebensinteresse der Nation und ihre Zukunft handle, würde er nicht der letzte sein, von der Nation Geld- und Blutopfer zu verlangen. Der Minister schloß, er wolle unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr hinzufügen.

Belgrad, 24. Juni. Die offizielle „Samouprava“ kommt auf die Streitfrage zurück über eine Vereinbarung zwischen dem serbischen und dem bulgarischen Generalstab, Bulgarien von seiner vertraglichen Verpflichtung, 100 000 Kämpfer auf den Wardar-Kriegsschauplatz zu entsenden, zu entbinden, und stellt fest, es hätten drei Besprechungen zwischen den beiden Generalstäben nach dem Abschluß des Vertrages stattgefunden. Bei der ersten sei keine Änderung der Verpflichtungen erwähnt worden. Bei der zweiten hätten die Bulgaren eine Herabsetzung der Truppenzahl verlangt, die sie an den Wardar zu schicken hätten. Die Serben hätten ihre Zustimmung hierzu verweigert. Man sei ohne Ergebnis auseinandergegangen.

Bei einer dritten Besprechung, die nach der Mobilmachung stattgefunden habe, hätten die Bulgaren kategorisch erklärt, es sei ihnen unmöglich, 100 000 Mann nach Mazedonien zu schicken. Serbien habe sich vor die Wahl gestellt gesehen, entweder von dem Bündnisse zurückzutreten oder die ganze Aufgabe und das ganze Risiko auf jenem Kriegsschauplatz auf seine Schultern zu nehmen. Serbien habe anstatt 150 000 Mann 400 000 Mann mobil gemacht. Es bestreite nicht die verbindliche Kraft des Vertrages, die Bulgaren behaupten, wenn es auch eine Revision des Vertrages verlange.

Zum Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 23. Juni. Nach übereinstimmenden Berichten der serbischen Presse überreichte der russische Gesandte v. Hartwig bereits am letzten Freitag der serbischen Regierung die kategorische Forderung der russischen Regierung, dem von Kaiser Nikolaus angeforderten Schiedspruch ohne Vorbehalt und bedingungslos zuzustimmen. Im Laufe der Beratungen des Ministerrats am Sonnabend trat Ministerpräsident Paschitsch für die Annahme dieser Forderung ein, weil die Ablehnung des Schiedspruchs einen Krieg mit Bulgarien unvermeidlich machen würde. Einige Minister wiesen indessen darauf hin, daß die Annahme der Forderung mit der Aufgabe des serbischen Standpunktes gleichbedeutend sei. Kriegsminister General Bogdanowitsch verwies auf die Stimmung in der Armee, die unter keinen Umständen die blutig eroberten Gebiete preisgeben werde. Er lehnte jede Verantwortung für die Folgen ab, die eine Nichtbeachtung dieser Stimmung nach sich ziehen könnte, und reichte seine Demission ein, der sich Justizminister Politschewitsch und Volkswirtschaftsminister Kosu Stojanowitsch anschlossen. Der auf diese Weise herbeigeführte prinzipielle Gegensatz innerhalb des Kabinetts veranlaßte den Ministerpräsidenten Paschitsch, dem König die Demission der Gesamtregierung zu unterbreiten. Der König berief gestern nachmittags den Präsidenten der Slupskina, Nikolitsch, sowie den jungradinalen Parteiführer Ljuba Dawidowitsch. Nikolitsch habe beantragt, daß angesichts der ersten Lage die Slupskina, die gegenwärtig vertagt ist, konsultiert werden solle. Dawidowitsch habe der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das neue Kabinett aus der altradikalen Partei gebildet werden müsse, da sämtliche oppositionellen Parteien die Regierung bei der Vertretung der vitalen Interessen des Staates wertvoll unterstützen würden.

Der bulgarisch-griechische Gegensatz.

Athen, 23. Juni. Der Minister des Äußeren betonte in einer längeren Erklärung: Um ein deutliches Unterpfand seiner friedlichen Wünsche zu geben, ist Griechenland bereit, alle Fragen, die es angeht, einem allgemeinen Schiedsgerichte zu unterbreiten. Alles, was es verlangt, ist, daß dieses Schiedsgericht allgemein und gleichzeitig von denselben Schiedsrichtern ausgesetzt wird.

Die Londoner Völkerverkonferenz.

London, 23. Juni. Die heutige Sitzung der Völkerverkonferenz war von sehr kurzer Dauer. Be-